

# „Mehr Spielräume für die Kassen“

**Doris Pfeiffer**, Chefin des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung, will Überkapazitäten in Krankenhäusern abbauen, aber die Versorgung auf dem Land sicherstellen.

*Weniger übers Geld lamentieren, stattdessen mehr übers Helfen und Heilen sprechen – Ärztepräsident Montgomery fordert eine Image-Korrektur von Deutschlands Medizinern. Wie groß ist der Nachholbedarf?*

**Doris Pfeiffer:** Ich habe mich sehr gefreut über die Worte des Ärztepräsidenten. Das sind wohlthuende neue Töne. In den letzten Jahren wurde von den Ärztevertretern fälschlicherweise ein schreckliches Bild der Arbeit für die gesetzliche Krankenversicherung gezeichnet. Das Berufsbild des Arztes muss besser in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Mit Jammern gewinnt man keinen Nachwuchs.

*Überkapazitäten und freie Betten, immer mehr Operationen – Politik und Ärzte streiten über eine grundlegende Klinikreform. Was läuft schief in den Krankenhäusern?*

**Pfeiffer:** Wir haben zu viele Betten, die für die gute Versorgung der Menschen nicht benötigt werden. Die Auslastung der Kliniken liegt gerade einmal bei rund 70 Prozent. Ein Problem sind die vielen kleinen Kliniken

in den Ballungsgebieten, wie zum Beispiel dem Ruhrgebiet, die für die Versorgung nicht benötigt werden und die deshalb oft Finanzprobleme haben.

*Der Eindruck ist: Viele Kliniken versuchen, im Wettbewerb zu bestehen und zusätzliche Einnahmen zu generieren, indem sie ihre Auslastung durch immer mehr Operationen erhöhen. Auf dem Land hingegen werden die kleinen Kliniken oftmals benötigt, damit die Menschen auch dort versorgt werden können. Brauchen die Krankenhäuser neue Finanzspritzen?*

**Pfeiffer:** Die Länder ziehen sich immer weiter aus der Finanzierung heraus. Die Kliniken verwenden die Mittel, die sie von den Kassen für ihre laufenden Kosten erhalten, nicht selten für notwendige Investitionen. Die Ausgaben der Krankenkassen für die Krankenhäuser steigen seit Jahren ungebremst. In diesem Jahr werden es mehr als 66

Milliarden Euro sein, ohne dass die Versorgung besser wird. Diese Dynamik muss gestoppt werden.

*Welche Gegenmaßnahmen fordern Sie?*

**Pfeiffer:** Es muss endlich konsequent gegen Überkapazitäten im Krankenhaussektor vorgegangen werden. Dazu wäre ein Umstrukturierungsfonds sinnvoll, der den Krankenhausträgern hilft, überflüssige Häuser umzuwandeln oder zu schließen. Außerdem sollten wir die Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen. Dafür erhalten bereits heute einzelne Kliniken Sicherstellungszuschläge, also zusätzliches Geld. Und wir benötigen mehr Spielräume: Es muss in Zukunft möglich sein,

rare der gesetzlichen Krankenversicherung existieren könnte.

*Das Bundeskabinett soll heute grünes Licht für die schwarz-rote Pflegereform geben. Können die Pläne wirklich die Probleme lösen?*

**Pfeiffer:** Diese Reform ist ein guter erster Schritt. Die Bundesregierung macht den Weg dafür frei, dass in den nächsten Jahren der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt werden kann. Damit erreichen wir die volle Berücksichtigung von Demenzerkrankungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung. Aber schon die erste Stufe der Reform, die zum 1. Januar 2015 kommen soll, wird neue Leistungen und damit spürbare Entlastungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen und bringen. Darüber werden die Pflegekassen informieren.

## Termingarantie: Stärkung für Patienten

dass Kassen mit Kliniken Einzelverträge schließen dürfen, die sich nach Leistungsumfang und Vergütung unterscheiden können – zum Beispiel für planbare Operationen.

*Beim Ärztetag in Düsseldorf gab es erheblichen Unmut bei den Medizinern über die geplante Termingarantie für Patienten beim Facharzt. Was versprechen Sie sich von der Reform der Terminvergabe?*

**Pfeiffer:** Es ist gut, dass die Politik hier den Patienten den Rücken stärkt. Manch ein Arzt scheint zu vergessen, dass kaum eine Arztpraxis ohne die Hono-

*Der VdK wirft der Politik Verzögerungstaktik vor und will einen schnelleren Übergang zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erreichen. Unterstützen die Pflegekassen das?*

**Pfeiffer:** Wir halten dieses Vorgehen nicht für hilfreich. Es laufen bereits zwei Erprobungen, mit der die Umstellung der Pflegestufen auf fünf Pflegegrade vorbereitet wird. Bis Ende des Jahres werden sie abgeschlossen sein. Dann kann die notwendige Gesetzgebungsarbeit im Bundestag beginnen. Wenn alles gut geht, wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff dann im Jahr 2017 flächendeckend bei den Menschen ankommen.

Interview: Rasmus Buchsteiner